



BILDANSICHT VERKLEINERN



# Von Natur keine Spur in der Erklärung

**Reaktionen** Die Lehrerverbände bejubeln Mappus' Erklärung, die Naturschützer sind enttäuscht.  
Von Andrea Koch-Widmann

Ein Wort gilt: Bei der Bildung wird nicht gespart.“ Dieses Versprechen des Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) in seiner ersten Regierungserklärung hat bei den Lehrergewerkschaften und -verbänden unisono große Zustimmung gefunden. „Endlich! Auf den Anfang kommt es an“, begrüßt etwa die Bildungsgewerkschaft GEW die „wichtigen Signale für die Bildung der Kleinsten im Land“. Konkret hatte Mappus die Senkung des Klassenteilers in der Grundschule und die Erhöhung der Regelstudienzeit für angehende Grundschullehrer angekündigt. Mit der Stärkung der Grundschule gebe Mappus ein wichtiges bildungspolitisches Signal, sagte Doro Moritz, die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Am Anfang würden die entscheidenden Grundlagen für die Entwicklung der Kinder gelegt, betonte Moritz. „Deshalb brauchen wir dort die beste Ausbildung und die besten Bedingungen für die Bildung der Kleinsten“ erklärte sie.

Auch der Philologenverband Baden-Württemberg nahm Mappus' Versprechen erfreut zur Kenntnis. Die Regierungserklärung lasse erkennen, dass das Thema Bildung einen hohen Stellenwert einnehme, sagte der Vorsitzende des Landesverbands, Bernd Saur. Er begrüßte insbesondere den deutlichen Hinweis des Regierungschef, dass im Südwesten eine Vielzahl von Wegen zur Hochschulreife führten, dass es hier die wenigsten Schulabbrecher ohne Abschluss und den höchsten Anteil an jungen Menschen gebe, die erfolgreich einen Beruf lernten. „Das ist das Wesen und die Wirklichkeit unseres stark gegliederten Schulsystems“, betonte Saur. Nach Auffassung des Verbands, der die Lehrer an Gymnasien vertritt, sollte auch an den Gymna-



Proteste gegen die Regierungserklärung: in der Nähe des Landtags demonstrieren Jusos, BUND- und Greenpeace-Aktivistinnen mit Masken des Ministerpräsidenten Stefan Mappus (links) und des EnBW-Vorstandsvorsitzenden Hans-Peter Villis

Fotos: dpa, STZ (4)

sien der Klassenteiler schneller gesenkt werden. Er sprach sich auch für mehr Krankheitsvertretungen aus, um dem Unterrichtsausfall vor Ort rasch zu begegnen.

Verhaltener reagierte der Verband der Berufsschullehrer: Wenn das Bekenntnis des Ministerpräsidenten zur Durchlässigkeit des Schulsystems und zur Bedeutung der beruflichen Schulen als wichtiger Standortfaktor kein reines Lippenbekenntnis sei, müsse er dafür sorgen, dass das „strukturelle Unterrichtsdefizit von derzeit 4,6 Prozent des Pflichtunterrichts endlich abgebaut wird“. Der Verbandsvorsitzende Waldemar Futter forderte eine Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer.

Für nicht umsetzbar hält der Gemeindetag Baden-Württemberg die Vorstellung von Stefan Mappus, den Ausbau der Schulsozialarbeit den Kommunen zu überlassen. Der Präsident Roger Kehle forderte von der Landesregierung, die Ganztagschule im Schulgesetz zu verankern. Damit würde klargestellt, dass die Kosten für die Schulsozialarbeit das Land tragen müsse. Die Arbeit von Schulsozialarbeitern an weiterführenden Schulen sei unerlässlich.

Bitter enttäuscht von der Regierungserklärung zeigte sich der Landesnaturschutzverband. Keiner der Vorgänger von Ministerpräsident Mappus hätte den Schutz der Natur, die Erhaltung der Artenvielfalt und auch die hohen Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie einfach unerwähnt gelassen, erbot sich der LNV-Chef Reiner Ehret. „Das werden wir nicht widerstandslos hinnehmen“, kündigte er an und verwies auf die rund 530 000 Bürger und Wähler, die in den Umwelt- und Naturschutzvereinen im LNV organisiert seien.

Widersprüchliche Botschaften hört die Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brigitte Dahlbender in der Regierungserklärung. Mappus glaube nicht wirklich an die Innovationskraft und Dynamik der neuen Technologien, sagte sie. In der Energiewirtschaft setze er noch immer auf längst veraltete Atomkraftwerke statt auf regenerative Energien. „Das ist wie eine SMS schreiben, aber nebenher Rauchzeichen geben“, spottete Dahlbender. Auch sie kritisierte, dass Natur und Umwelt im Regierungsprogramm nur auftauchen, wo es etwas zu verkaufen gebe – im Tourismus oder als Faktor für wirtschaftliche Entwicklung.

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.